

Rententräger erwarten Beitragserhöhung

Datum: 27.08.2002

Quelle: Süddeutsche Zeitung, München

Vier Wochen vor der Bundestagswahl

Rententräger erwarten Beitragserhöhung

Streit zwischen Regierung und Sozialversicherung / Ministerium hält

Satz von 19,3 Prozent auch im nächsten Jahr für ausreichend

Berlin - Zwischen Regierung und Sozialversicherung schwelt ein

ernster Konflikt über den Rentenbeitrag im kommenden Jahr. Der

Verband der Rentenversicherungsträger (VDR) informiert seine

Mitglieder intern, dass man die Annahmen der Bundesregierung nur

"mit Bedenken" mittragen kann.

Von Alexander Hagelüken

Kurz vor der Bundestagswahl hat die Regierung kein Interesse an einer

Diskussion darüber, ob den Arbeitnehmern und -gebern im kommenden

Jahr deutlich höhere Beitragszahlungen an die Sozialversicherung

zugemutet werden. Alle Überlegungen zum Rentenbeitrag 2003 seien

"Spekulation", lässt Arbeitsminister Walter Riester (SPD) erklären:

"Entschieden wird erst im November". Nachdem der durchschnittliche

Krankenversicherungsbeitrag dieses Jahr bereits von 13,6 auf 14

Prozent kletterte, wäre ein Anstieg des Rentenbeitrags unter anderem

ein weiteres Signal für eine Erhöhung der deutschen Arbeitskosten, die

für die Massenarbeitslosigkeit mit verantwortlich gemacht werden.

Trotz anders lautender Einschätzungen von Fachleuten hielt Riester

monatelang daran fest, dass er den Rentenbeitrag nächstes Jahr

wenigstens bei 19,1 Prozent stabilisieren könne, nachdem er seine

Reduzierungspläne aufgeben musste. Im Juli räumte Riester dann

kleinlaut ein, dass er im Haushalt des nächsten Jahres dafür Vorsorge

getroffen hat, dass der Beitrag auf 19,3 Prozent steigt.

Wie interne Dokumente belegen, gingen die Rentenversicherer bereits

zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass Riesters öffentliche Erklärungen

viel zu optimistisch sind. Der VDR geht davon aus, dass der Beitrag

noch stärker steigen muss. In erstaunlicher Offenheit informierte der

Verband der Rentenversicherungsträger am 19. Juli seine Mitglieder

über einen Konflikt mit der Bundesregierung. "Nachdem die

Pflichtbeiträge im ersten Halbjahr nur um 0,29 Prozent gestiegen sind,

haben die Bundesregierung und die Rentenversicherungsträger die

Entwicklung unterschiedlich eingeschätzt", heißt es in einem

Rundschreiben, das der Süddeutschen Zeitung vorliegt. Deswegen habe

es "mehrere Gespräche mit dem Bundesarbeitsministerium - unter

anderem auch mit Arbeitsminister Walter Riester - gegeben".

Erst nachdem Riester das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung

und den Vorsitzenden des Sachverständigenrats, Bert Rürup, mit

Analysen für sich in Stellung brachte, gab der Verband zunächst nach.

"Die Rentenversicherung hat Herrn Riester mitgeteilt, dass sie trotz

ihrer Bedenken" von seinen Annahmen ausgehen wird.

VDR-Sprecher Dirk von der Heide bedauert, dass ein internes

Schreiben an die Öffentlichkeit gelangen könnte. Er verteidigt jedoch

die offene Darlegung des Konflikts mit der Regierung. "Wir haben die

Verpflichtung, unsere Mitglieder über alternative Rechnungen zum Rentenbeitrag zu informieren", sagt von der Heide. Mit der öffentlichen Zurückhaltung war es denn auch am Wochenende endgültig vorbei, als VDR-Präsident Franz Ruland in einem Interview erklärte, der Beitrag werde nicht bei 19,3 Prozent zu halten sein.

In der Bundesregierung ist man über dieses Vorgehen nicht begeistert. Riesters Sprecher Klaus Vater erklärt zwar, "ich sehe keinen Streit mit dem Verband der Rentenversicherer". Er sei aber erstaunt darüber, dass der Verband im Juli erkläre, er wolle sich der Einschätzung der Bundesregierung anschließen, und nun andere Zahlen präsentiere. "Es ist verwunderlich, dass Herr Ruland seine eigene Entscheidung vom Juli zur Disposition stellt", sagte Vater. Sein Ministerium stehe nach wie vor zu der Einschätzung, dass der Beitrag im kommenden Jahr nicht über 19,3 Prozent steigen müsse. Nachdem die Beitragseinnahmen der Rentenversicherer im vergangenen Monat besser entwickelt hätten als zuvor, sehe man sich bestätigt. Das Verhältnis zwischen Regierung und Rentenversicherern ist durch die Kontroverse auf einem Tiefpunkt angekommen. Zuvor hatte Verbandspräsident Ruland jede Vermutung einer besonderen Nähe zur Union unter anderem durch eine kritische, aber konstruktive Unterstützung der rot-grünen Rentenreform zerstreut. Der CSU-Sozialpolitiker Johannes Singhammer warnte davor, der Rentenbeitrag könne im nächsten Jahr explodieren. "Der Bundesregierung entgleitet die Kontrolle über die **Beiträge**", kritisierte Singhammer. Nötig sei nun ein Kassensturz, der die tatsächliche Einnahmesituation offenlege. "Zentral ist, dass wieder mehr Arbeitsplätze in Deutschland entstehen. Sonst werden die **Beiträge** nicht zu stabilisieren sein."

Bundesregierung betont Stabilität der Rentenbeiträge

Datum: 26.08.2002

Quelle: Frankfurter Rundschau

Bundesregierung betont Stabilität der Rentenbeiträge

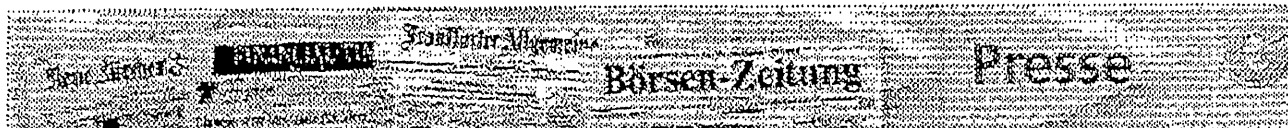
Verband rechnet mit steigenden Sätzen / Arbeitsministerium bezeichnet Einschätzung als "reine Spekulation" Die Bundesregierung geht nicht davon aus, dass der Rentenbeitragssatz im kommenden Jahr über die bisher vorhergesagten 19,3 Prozent steigen wird. Eine entsprechende Einschätzung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) wies das Arbeitsministerium als "reine Spekulation" zurück. BERLIN, 25. August (ap/rtr). Bis zu einem Rentenbeitragssatz von 19,3 Prozent habe der Bund Vorsorge getroffen, um seinen Anteil an höheren Sätzen abzufangen. "Wir sind überzeugt, dass das reicht", sagte ein Sprecher des Arbeitsministeriums am Samstag in Berlin. Über den Beitragssatz 2003 werde Anfang November entschieden, wenn verlässliche Daten aus dem Herbst vorlägen. Bundesarbeitsminister Walter Riester (parteilos) setze darauf, dass sich in der zweiten Jahreshälfte die neuen Tarifabschlüsse, die anziehende Konjunktur und die Weihnachtsgeldzahlungen auf die Einnahmen auswirken. VDR-Geschäftsführer Franz Ruland hatte zuvor in einem Interview der Neuen Osnabrücker Zeitung gesagt, nach neuesten Zahlen sei der Anstieg des Beitragssatzes nicht mehr auf 19,3 Prozent zu begrenzen. "Er wird darüber liegen." Die Finanzsituation sei wegen der Konjunkturschwäche ungünstiger als bislang eingeschätzt. So seien die Beitragseinnahmen im ersten Halbjahr nur um 0,3 Prozent gestiegen. Wenn der Beitragssatz stärker steige, werde nach der neuen Formel die Rentenanpassung niedriger ausfallen, sagte Ruland. Dieser Effekt wirke sich nach der neuen Rentenformel kräftiger als früher aus, weil sowohl die Beitragsanteile der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber berücksichtigt würden.

Die Anhebung des Beitragssatzes sei auch deshalb nötig, weil die Schwankungsreserve am Jahresende die gesetzlich vorgeschriebene Höhe von 80 Prozent einer Monatsausgabe nicht erreichen werde, erläuterte der VDR-Geschäftsführer. Eindringlich warnte er davor, die Schwankungsreserve noch weiter abzusenken: "Wer die Schwankungsreserve unter 80 Prozent einer Monatsausgabe absenkt, würde angesichts der Unsicherheiten bei der Konjunktur und der Inanspruchnahme der Entgeltumwandlung ernsthafte Liquiditätsprobleme der **Rentenversicherung** in Kauf nehmen", sagte Ruland.

Kritisch äußerte sich Ruland auch zur Absicht der CDU/CSU, geringfügige Beschäftigung nicht mehr der Versicherungspflicht zu unterwerfen. Ob die dadurch entstehenden Verluste von 0,3 Beitragssatzpunkten durch zusätzliche Steuermittel ausgeglichen werden könnten, erscheine nach den gerade gefassten Beschlüssen zum Ausgleich der Hochwasserschäden immer fraglicher".

Unterdessen forderte der Sozialexperte der Unionsfraktion, Andreas Storm (CDU), die Bundesregierung auf, zur Haushaltsdebatte Anfang September einen Kassensturz der Sozialversicherungen vorzulegen. Auch er sprach davon, dass angesichts der Lage die Beitragssätze zur

Rentenversicherung auf 19,5 bis 19,7 Prozent steigen könnten.

Frau Marnet

--> zurück zur Startseite

Fax 36175

[Zum Seitenende]

LVZ/Leipziger-Volkszeitung, 26.08.2002, S. 2
Ausgabe: Leipziger Volkszeitung-Stadtausgabe/Stadtausgabe

Ressort: Politik und Nachrichten

Auch Rentenversicherer erwarten hohe Verluste

Krankenkassen
rechnen mit
Milliarden-Defizit

Berlin (AP/rtr/dpa). Das Defizit der gesetzlichen Krankenkassen wird am Jahresende voraussichtlich deutlich höher sein als bisher erwartet. Die Techniker Krankenkasse rechnet mit einem Minus von 1,5 Milliarden Euro. Auch der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) verbreitete am Wochenende Hiobsbotschaften: Nach VDR-Berechnungen wird der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung 2003 über die bisher vorausgesagten 19,3 Prozent hinaus steigen und die Rentenanpassung geringer als erwartet ausfallen.

Der Vorstandsvorsitzende der Techniker Krankenkasse, Norbert Klusen, machte im "Focus" die deutlich gestiegenen Ausgaben für Arzneimittel, Klinikaufenthalte sowie Heil- und Hilfsmittel wie Massagen für das Milliarden-Minus der Krankenkassen verantwortlich. Die Preise seien um fünf bis zehn Prozent nach oben geschneit. Ursache dafür wäre die von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt gestrichene Obergrenze für Arzneimittelausgaben und der Erlass neuer Heilmittelrichtlinien.

Nach Informationen der "Süddeutschen Zeitung" hat sich das Kassendefizit bereits im ersten Halbjahr auf mehr als 1,5 Milliarden Euro ausgeweitet. Nach den Ersatzkassen verzeichneten nun auch die Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) ein kräftiges Minus von einer halben Milliarde Euro. Die Ersatzkassen Barmer, DAK und Techniker verbuchten ihrerseits ein Defizit von gut einer Milliarde Euro; hieß es in dem Bericht. Unlängst hatten die Privatkassen bereits höhere Beiträge angekündigt. Unklar sei aber, ob die Beiträge der Kassen weiter angehoben würden. Gesundheitsministerin Schmidt (SPD) hatte das bislang ausgeschlossen. In den nächsten Monaten könnte sich die Finanzlage wieder verbessern. So erhielten sie Rückzahlungen aus dem internen Kassen-Finanzausgleich. Die Ministerin will am 2. September die genauen Zahlen veröffentlichen.

Unterdessen schlugen auch die Rentenversicherer Alarm: VDR-Geschäftsführer Franz Ruland erklärte, der Beitragssatz sei "leider nicht mehr auf 19,3 Prozent zu begrenzen". Die Finanzsituation der Rentenkassen sei wegen der Konjunkturschwäche ungünstiger als angenommen. So seien die Einnahmen im ersten Halbjahr nur um 0,3 Prozent gestiegen. Wenn der Beitrag stärker steige, werde nach der neuen Formel die Rentenanpassung niedriger ausfallen. Das Bundesarbeitsministerium widersprach den Rentenversicherern. Bis zu einem Satz von 19,3 Prozent habe der Bund Vorsorge getroffen, um seinen Anteil an höheren Sätzen abzufangen. "Wir sind überzeugt, dass das reicht", so Ministeriumssprecher Klaus Vater. Er halte die Äußerungen "für unverantwortliches Gerede von Herrn Ruland". Kommentar Seite 3

(c) Archiv - Leipziger Volkszeitung

Thema: Gesellschaft/Sozialwesen/Krankenversicherung
Staat

902458, LVZ, 26.08.02; Words: 382